

„Was hätten S' denn gern heute Abend?“

Medien Die „Tagesschau“ wird kritisiert, den Freiburger Mordfall nicht thematisiert zu haben.

Die ARD ist eine gut geölte Nachrichtenmaschine. Am vergangenen Samstag hatte die Polizei ihre Pressekonferenz zum Mordfall in Freiburg gerade beendet, da bot der zuständige SWR der „Tagesschau“ einen Beitrag an.

Die Macher der Sendung in Hamburg lehnten dankend ab: Warum sollte der Mord an einer Studentin aus Freiburg, über den die „Tagesschau“ schon im Oktober nicht berichtet hatte, zu den zehn wichtigsten Themen des Tages gehören? Einzig der Umstand, dass der gefasste mutmaßliche Täter ein Flüchtling ist? Nein. Es war eine Entscheidung, die beim SWR weder überraschte noch empörte, Nachrichtenroutine eben.

In den sozialen Medien aber brach Entrüstung los und setzte die ARD unter Erklärungsdruck. In der Schaltkonferenz der Chefredakteure am Montag wurde die Kritik thematisiert. „ARD aktuell“-Chef Kai Gniffke erklärte sich. Nach einem Moment des Schweigens meldete sich der Vertreter des SWR, er sähe das genauso wie die Hamburger Kollegen. Chefredakteurin Sonia Seymour Mikich bemerkte, man habe im WDR lange diskutiert. Die Meinung, man hätte die Meldung bringen sollen, teile sich „50:50“.

Wie so viele Redaktionen, schwankt die ARD gerade zwischen der Angst, die Sorgen der Menschen im Land nicht ernst genug zu nehmen und der Furcht, sich vor den Karren von Populisten spannen zu lassen. Was ist relevant? Was ist nur laut? Sind einige Tausend Facebook-Nutzer, die die Entscheidung der „Tagesschau“ kritisieren, angesichts von zehn Millionen abendlichen Zuschauern eine ernst zu nehmende Größe oder bloß digitale Scharfmacher?

Die Unsicherheit, ob die eigenen journalistischen Maßstäbe noch stimmen, ist überall zu greifen, nicht nur in der ARD. „Die ‚Tagesschau‘ steht dafür, dass wir uns nicht treiben lassen, dass wir einen journalistischen Kompass haben“, sagt Chefredakteur Gniffke. Soziale Medien seien ein wichtiger Seismograf, aber „eine intensive Diskussion bei Facebook setzt unsere journalistischen Kriterien nicht außer Kraft“, sagt er. „Es kann nicht sein, dass wir jetzt pseudodemokratisch darüber abstimmen: Was hätten S' denn gern heute Abend?“ Dass der Sender

für seine Entscheidung gescholten wurde? „Kritik muss man aushalten“, sagt Gniffke. Die eigenen journalistischen Standards aufzugeben, sei Selbstmord aus Angst vor dem Tod. „Da muss man den Rücken gerade machen.“

Doch wann schlägt journalistische Prinzipientreue um in Sturheit, in Blindheit vor dem, was los ist im Land? Die Frage treibt auch Gniffke um: „Wir müssen uns immer wieder selbst prüfen, unsere Sinne schärfen.“

Der zuständige Chef vom Dienst, Andreas Werner, der an dem Samstag „Tagesschau“-Dienst hatte, hat dazu eine klare Haltung. Vor ein paar Tagen schrieb er eine E-Mail an seine Kolle-



Pressekonferenz der Polizei in Freiburg
„Da muss man den Rücken gerade machen“

gen. Er stehe zu der Entscheidung und plädierte für einen „Journalismus der Besonnenheit“, der sein Fähnchen nicht nach dem Wind hängt. Die Unterstellung, die „Tagesschau“ habe nicht berichtet, weil sie Flüchtlinge schützen wolle, die Verbrechen begehen, sei unsinnig und würde auch nur dann stimmen, wenn die Redaktion andere Täter laufend ins Programm nehme. Was der Redaktion vorgeworfen werde, sei im Kern, dass sie alle Menschen gleich behandle.

Als am Dienstag die Bochumer Polizei verkündete, dass ein mutmaßlicher Vergewaltiger irakischer Herkunft festgenommen wurde, beriet sich Gniffke mit drei seiner Chefs vom Dienst – gemeinsam fanden sie, „dass wir jetzt rein müssen, weil die Debatte kulminiert“, sagt Gniffke. Als Einknicken will er das nicht verstanden wissen: „Wir verändern unsere Standards nicht. Das ist mir wichtig.“ Die Sachlage aber habe sich verändert. Mittlerweile hatten sich die Kanzlerin und andere Politiker zu Wort gemeldet. Wie groß aber die Verunsicherung bei

den Journalisten im Haus ist, zeigt sich auch daran, dass die regelmäßig stattfindenden Redaktionsgespräche mit der Chefredaktion zu den bestbesuchten internen Veranstaltungen gehören. Diskutiert wird dort über die eigene Berichterstattung von Trump bis zum Ukrainekonflikt. Wurden die selbstgesetzten Kriterien eingehalten, wo hat man nach eigenem Ermessen versagt? Wie hält es die Redaktion mit der AfD? Ab 2017 soll ein Team von „ARD aktuell“-Redakteuren Input für die Runden liefern und die eigenen Sendungen auf die Frage hin prüfen: Stimmt unser journalistischer Kompass noch? Die Frage wird auch durch die Bundestagswahl drängend.

SWR-Chefredakteur Fritz Frey befürchtet, dass der Freiburger Fall eine Blaupause für den Wahlkampf wird. Die Politik werde genau beobachten, welches Thema das Potenzial habe, in den sozialen Medien überzuschäumen. „Und dann werden Wahlkämpfer lieber ein Statement mehr abgeben als weniger – und immer mehr Ereignissen eine nachrichtliche Relevanz geben, die sie eigentlich nicht haben.“

Wie ambivalent Berichterstattung zu Flüchtlingskriminalität wahrgenommen werden kann, bekam auch die „Badische Zeitung“ zu spüren. Sie hatte um kurz nach sieben Uhr morgens zuerst über die Festnahme im Mordfall Maria L. berichtet. Als öffentlich wurde, dass es sich beim Tatverdächtigen um einen minderjährigen unbegleiteten Flüchtling handelt, prügelten Leser zumeist über die Facebook-Seite auf das Blatt ein: Man habe über diese Personengruppe vorher nicht berichtet, aus Angst, politisch unkorrekt zu sein. Reporter Joachim Röderer war verwundert. „Vor zwei Jahren haben wir breit recherchiert, dass auch minderjährige unbegleitete Flüchtlinge für einen Teil der Kriminalität in der Stadt verantwortlich sind. Wir deckten auf, dass deshalb eine Ermittlungsgruppe der Polizei mit dem Namen ‚Sahara‘ gegründet wurde“, sagt Röderer. Nach seinen Berichten damals versammelten sich linke Demonstranten vor dem Redaktionsgebäude, ein Professor beschimpfte Redakteure wie Röderer als Rassisten. „Menschen aus allen Ecken biegen sich ihre Wahrheit in den sozialen Netzwerken zurecht. Damit müssen wir leben“, sagt er.

Markus Brauck, Isabell Hülsen, Martin U. Müller